

# Bilanz 2019

---

Politische Erfolge

*Die Stimme der Sozialen  
Marktwirtschaft*





# Bilanz 2019

## Politische Erfolge des Wirtschaftsrates

Geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut – dieser alte Grundsatz gilt ungebrochen. Doch Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit hat nach drei großen und teuren Koalitionen an Substanz eingebüßt. Der Wirtschaftsstandort kämpft mit steigenden Standortkosten, verfügt über die mittlerweile höchsten Energiepreise Europas sowie über immer mehr Vorgaben und Regularien. Dies alles ist Ergebnis einer Politik, die die Symbolik vor den Nutzen stellt. Darunter leiden die Unternehmen, im Besonderen der Mittelstand, das viel beschworene Rückgrat unserer Volkswirtschaft, der mit Leistungsbereitschaft und Innovationskraft, mit regionaler Verbundenheit und Internationalität seine Heimat auf Wachstumskurs hält, hier Steuern und Abgaben entrichtet, Wohlstand ermöglicht und seinen Beschäftigten und deren Familien Auskommen und berufliche Perspektiven bietet. Durch eine gezielte Wirtschaftspolitik gilt es, die Unternehmen am Standort Deutschland zu stärken, um ihnen im sprichwörtlichen Sinne den Rücken freizuhalten für den Sprung ins digitale Zeitalter und um sich auf den globalen Märkten zu behaupten. Erfolgreichen Klimaschutz können wir nur mit der Innovationskraft der deutschen Industrie erreichen. Dafür setzt sich der Wirtschaftsrat mit ganzer Kraft ein – gerade unter den widrigen Bedingungen einer Großen Koalition.

Dank Ihrer Unterstützung und Mithilfe konnte der Wirtschaftsrat im abgelaufenen Jahr über seine Kommissionen und Arbeitsgruppen, ob auf Bundes- oder Landesebene, fundierte Handlungsempfehlungen und -konzepte erarbeiten und sowohl bei politischen Entscheidungsträgern als auch in der Öffentlichkeit platzieren. Der Wirtschaftsrat wird als die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft wahrgenommen – auch infolge des geballten Engagements seiner über 12.000 Mitglieder. Er ist ein politisches Korrektiv und trägt aktiv zu einer sinnvollen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik bei. Damit dies auch in 2020 kraftvoll gelingt, bitten wir um die Mitwirkung jedes Einzelnen. Bringen Sie sich ein und tragen Sie dazu bei, dass Deutschland eine erfolgreiche Zukunft hat. Ihr Engagement zählt.

Die Leistungsbilanz des Jahres 2019:

### 1. Auf Eigenverantwortung und Wettbewerb in Europa statt Transferunion gepocht

Die Art und Weise, wie wir über Europa diskutieren, ist in den letzten Jahren auf beängstigende Weise aus dem Gleichgewicht geraten. Entscheidungsträger wie der ehemalige Kommissionspräsident Juncker und der französische Präsident Macron überboten sich mit europäischen Visionen, die auf eine fatale Mixtur von mehr Zentralismus, Umverteilung und Bürokratie setzten. Damit erwiesen sie dem europäischen Projekt einen Bärendienst. Denn das Erfolgsmodell Europas lautet Eigenverantwortung und Wettbewerb. Das Beispiel Italien zeigt, dass man mit neuen Schuldentürmen, dem Drucken von Geld oder europäischen Transfers keinen Wohlstand schaffen oder Probleme dauerhaft lösen kann. Der Wirtschaftsrat hat mit seinen Forderungen nach entschlossenen Reformen, verbindlichen Regeln und Entpolitisierung von Entscheidungen ein ordnungspolitisches Gegenmodell eingebracht, dass sich an diesen Leitplanken orientiert:

- Die Logik einer Währungsunion verlangt dringend die Einhaltung der gemeinsam vereinbarten Regeln, nicht ihre Aufweichung oder Verletzung. Ein entscheidender Baustein wird deshalb sein, den EU-Ordnungsrahmen so zu festigen, dass Handlung und Haftung wieder zusammenfallen. Eine Insolvenzordnung für Staaten, die Ablehnung einer Staatsfinanzierung durch die Notenbank, die Absage an eine Emission gemeinsamer



*„Der Wirtschaftsrat ist eine wichtige Stimme für die CDU, wenn auch keine bequeme.“*

**Annegret Kramp-Karrenbauer**  
Bundesministerin für Verteidigung und  
Parteivorsitzende der CDU Deutschlands

Anleihen und die Beendigung der regulatorischen Vorzugsbehandlung von Staatsanleihen sind wichtige Voraussetzungen.

- Das Herz der wirtschaftlichen Integration ist und bleibt der europäische Binnenmarkt. An ihm gilt es weiter zu arbeiten. Gemeinsame Projekte bei der Digitalisierung, der Energiepolitik, in den Bereichen Verteidigung und Raumfahrt sowie Infrastrukturinitiativen können die verschütteten Quellen des wirtschaftlichen Wachstums in Europa wieder freilegen und Europa zu einem Powerhouse machen. Die beste Medizin bleibt ein intensiver Wettbewerb.
- Das stabile, bewährte deutsche Einlagensicherungssystem darf nicht für ein wackliges europäisches Konstrukt preisgegeben werden. Das Kernproblem stellen die Altlasten in den Bankbilanzen dar. Die Schaffung entsprechender Insolvenzregime, der konsequente Abbau der faulen Kredite und eine entsprechende Risikovorsorge sind die unabdingbaren Grundlagen.



*„Als Wirtschaftsrat erlauben wir uns, Konzepte zu entwickeln, Meinungen zu sagen und unsere Gedanken vorzutragen – auch dann, wenn sie der Regierung nicht gefallen.“*

**Friedrich Merz**  
Rechtsanwalt, Chairman BlackRock  
Asset Management Deutschland AG  
Vizepräsident des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Zudem müssen zuerst Staatsrisiken in Bankbilanzen etwa über Großkreditgrenzen nachhaltig abgebaut und die regulatorische Vorzugsbehandlung von Staatsanleihen abgeschafft werden.

- Geldpolitik kann weder für eine höhere Produktivität sorgen noch die Strukturen der Wirtschaft in der Euro-Zone verbessern. Dafür werden die Risiken und Nebenwirkungen der expansiven Geldpolitik immer sichtbarer. Marktwirtschaft kann nicht dauerhaft mit negativen Zinsen funktionieren. Umso wichtiger ist eine Rückkehr zur strikten Trennung von Geld- und Fiskalpolitik.
- Verhinderung einer Finanztransaktionssteuer, die kleinen Sparern, Unternehmen und der Altersvorsorge der Deutschen in Nullzinszeiten schaden würde.

Die nächsten Jahre entscheiden darüber, welche Rolle Europa künftig im Weltgefüge einnehmen wird. Umso wichtiger ist es, den Krisenmodus endlich hinter sich zu lassen und in den Gestaltungsmodus zu wechseln. Es besteht nun die Gelegenheit, dass die Kommission von der Leyen neue Impulse für Europa setzt, die nicht die Extreme bedienen: auf der einen Seite „zurück in den Nationalstaat“ und auf der anderen Seite „hinein in den europäischen Superstaat“. Mit einem „Europa des Wettbewerbs“ vermag die EU für die Prinzipien der Marktwirtschaft und des offenen Welthandels auf der Weltbühne selbstbewusst einzustehen.

## 2. Steuerbürokratie reduziert, Konzept für eine Modernisierung der Unternehmensbesteuerung in die Union getragen

Im Jahr 2019 zeichnete sich die Abkühlung der Konjunktur ab. Viele Industriestaaten haben daher ihre Unternehmenssteuern gesenkt und so den Steuer- und damit Standortwettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze verschärft. Hier kämpfte der Wirtschaftsrat



*„Wir dürfen in Deutschland nicht nur diskutieren, wir müssen Entscheidungen treffen. Sonst drohen wir Vertrauen zu verlieren.“*

**Dr. Wolfgang Schäuble**  
Präsident des Deutschen Bundestages

für ein im internationalen Vergleich attraktiveres und wettbewerbsfähiges Steuerrecht. Gleichzeitig war der Wirtschaftsrat mit Blick auf die Ausgabenfreude der Großen Koalition im konsumtiven Bereich auch in der Haushaltspolitik gefordert. Es gelang 2019 zum siebten Mal in Folge einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen. Enttäuschend jedoch bleibt, dass der Bundesfinanzminister notwendige Reformen in der Finanz- und Steuerpolitik nicht angeht, um Unternehmen wie Leistungsträger zu entlasten. Unsere Bilanz in der Steuer- und Haushaltspolitik:

- Der Wirtschaftsrat hat die Mittelstandsstrategie des Bundeswirtschaftsministers entscheidend vorbereitet und ihr zur Durchsetzung verholfen. So konnten im Rahmen eines Bürokratienteilungsgesetzes zahlreiche Vereinfachungen erreicht werden, etwa Sofortabschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter, höhere Betragsgrenzen für Kleinbetragsrechnungen oder eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen.
- Der Wirtschaftsrat hat ein Konzept für eine Unternehmenssteuerreform entwickelt. Im Herbst 2019 hat die Union die zentralen Forderungen dieses Konzepts in einen Fraktionsbeschluss übernommen.
- Nach langjährigen Diskussionen konnte Deutschland den Rückstand bei der steuerlichen Forschungsförderung aufholen. Die Hartnäckigkeit des Wirtschaftsrates zahlte sich aus, das Gesetz wurde auf den Weg gebracht.

Das Jahr 2020 wird steuerpolitisch weiterhin herausfordernd werden. Mit Projekten wie der Finanztransaktionssteuer, die zu einer Börsenumsatzsteuer zu werden droht, der Grundsteuerreform mit befürchteten bürokratischen Belastungen und den Mitteilungspflichten für grenzüberschreitende Steuergestaltungen sind bereits jetzt herausfordernde Themen aufgerufen. Gleichzeitig wird der Wirtschaftsrat sich weiterhin für eine Unternehmenssteuerreform und Entlastungen sowie Vereinfachungen im Steuerrecht der Unternehmen einsetzen. Hier liegt mit dem Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein erstes, vielversprechendes Maßnahmenpaket vor.

## 3. Eigenständige europäische Handelsagenda eingefordert

In einer Phase, in der weltweit Protektionismus und nationale Abschottung auf dem Vormarsch sind, muss Europa ein spürbares Gegengewicht bilden und die aktuellen Auseinandersetzungen als Chance begreifen, für eine weitere Liberalisierung des Welthandels einzutreten und dessen Vorteile noch stärker als bislang zu nutzen. Der Wirtschaftsrat setzt sich dafür ein, dass Deutschland und Europa ihre freiheitliche Wirtschaftsordnung im Verhältnis zu den Großmächten USA und China durch-



setzen. Diese Forderungen konnte der Wirtschaftsrat offensiv in die politische Debatte einbringen:

- Vorantreiben weiterer Freihandelsabkommen mit strategischen Partnerländern wie Japan,
- Modernisierung des WTO-Regelwerks, Stärkung der Neubesetzung der WTO-Berufungsinstanz,
- Verbesserung des Marktzugangs für europäische Unternehmen weltweit, Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse,
- Neuausrichtung und Festigung der transatlantischen Beziehungen im Rahmen eines Industriegüterabkommens (mittelfristig) und umfassenden Handelsabkommens (langfristig).

Zu erwarten ist, dass auch 2020 die globalen Spannungen zwischen den großen Wirtschaftsmächten weiter andauern werden. Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands ab dem zweiten Halbjahr 2020 wird der Wirtschaftsrat dabei besonderen Fokus auf die Öffnung internationaler Beschaffungsmärkte, die Konnektivitätsstrategie zwischen EU und Asien, das Industriegüterabkommen mit den USA sowie das EU-Investitionsabkommen mit China legen. Daneben werden auch der Ausbau von international strategischen Partnerschaften für Zukunftstechnologien sowie das Vorantreiben weiterer Freihandelsabkommen mit freien und offenen Wirtschaftsordnungen, wie Australien und Neuseeland, auf der Agenda stehen.

#### 4. Integrierte Energiewende und Klimaschutz durch Innovationen vorangetrieben

Die Ergebnisse der Europawahl haben die Energiewende und einen effektiven Klimaschutz an die Spitze der politischen Agenda des Jahres 2019 gesetzt. In der Folge hat sich der Wirtschaftsrat bei der Ausgestaltung des Klimapakets der Bundesregierung erfolgreich dafür eingesetzt, nicht Verbote und Verzicht, sondern Innovationen in den Mittelpunkt zu stellen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, dem nun weitere folgen müssen. Damit die Energiewende zum Motor für Wachstum und Innovation wird, hat der Wirtschaftsrat mit Nachdruck Lösungsansätze in die Politik getragen und dabei insbesondere diese Erfolge erzielen können:

- Etablierung eines marktwirtschaftlichen Emissionshandels für Wärme und Mobilität statt einer CO<sub>2</sub>-Steuer,
- Überführung des nationalen Zertifikatehandels in einen sektorenübergreifenden EU-Emissionshandel festgeschrieben,
- Einführung von Innovationsausschreibungen für Erneuerbare-Erzeugungs-Speicherkombinationen zur Stärkung der Markt- und Systemintegration,



*„Die digitale Transformation wird nur klappen, wenn auch der Mittelstand umsetzt, was wir Industrie 4.0 nennen. Da bitte ich den Wirtschaftsrat um Unterstützung.“*

**Dr. Angela Merkel**  
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland

- Absenkung der Stromsteuer und Auslaufen des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) unter Bestandschutz im Unionskonzept „Klimaeffizientes Deutschland“ verankert.

Auch 2020 wird sich der Wirtschaftsrat dafür einsetzen, den staatlichen Anteil am Strompreis zu senken, damit Preissignale ankommen und Innovationen anreizen. Konsequente Markt- und Systemintegration sind die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau von Erneuerbaren. Auch die Netzentgeltsystematik sollte grundlegend reformiert werden, mit dem Ziel netzdienliches Verhalten zu fördern.

Mit seiner Leitstudie „Digitale Echtzeit-Energiewirtschaft“ hat das European Energy Lab 2030 konkrete Bausteine für ein marktwirtschaftliches Zielmodell bei seiner traditionellen Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik vorgelegt und an den Bundeswirtschaftsminister übergeben. Im kommenden Jahr wird die Denkfabrik des Wirtschaftsrates und ihre Kooperationspartner darauf aufbauend innovative marktwirtschaftliche Leitlinien für das integrierte Energiesystem der Zukunft erarbeiten und in die Politik tragen.

#### 5. Nachhaltige Strategien für emissionsarme Mobilität eingebracht

Auch die verkehrspolitische Arbeit war durch das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung bestimmt. Deutlich machte der Wirtschaftsrat dabei, dass zur Erreichung der für den Mobilitätssektor formulierten Klimaziele ein Gesamtkonzept erforderlich ist, das sich nicht an populistischen Idealbildern, sondern an Realitäten orientieren und dem Grundsatz folgen muss: Ermöglichen statt Verbieten. Es gilt, Emissionen zu den geringsten Belastungen für Bürger wie Unternehmen einzusparen. Denn Mobilität ist nicht nur Treibstoff einer Volkswirtschaft, sie hat auch eine sozialpolitische Komponente. Von den Empfehlungen aufgegriffen wurden insbesondere:



*„Beim Wirtschaftsrat haben wirklich europäische Debatten Tradition. Und das ist es, was wir brauchen.“*

**Peter Altmaier**  
Bundesminister für Wirtschaft und Energie



*„Der Wirtschaftsrat macht es jedes Jahr auf's Neue spannend. Ich freue mich immer, auf dem Wirtschaftstag zu sein und ein Gefühl für die Stimmung in der Wirtschaft zu bekommen.“*

**Jens Spahn**  
Bundesminister für Gesundheit

- Erhöhung der Attraktivität der Schiene durch massive Investitionen in Netz und Digitalisierung, Einführung eines Deutschland-Taktes, Absenkung der Mehrwertsteuer im Schienenpersonenfernverkehr,
- Kräftige Aufstockung der Bundesmittel für den ÖPNV, konsequente Investition in Technik, Personal und Netzdichte,
- Aufsetzen eines Masterplans Ladesäuleninfrastruktur für mehr Systematik beim Aufbau der E-Mobilität, Schaffung einer Wasserstoff-Tankstelleninfrastruktur zur Förderung der Technologieoffenheit,
- Senkung der Umlagen für Landstrom in Binnenhäfen,
- Verabschiedung eines Planungsbeschleunigungsgesetzes zur Vereinfachung von Verfahren und zur Digitalisierung von Planung wie Bauen für kürzere Bauphasen, weniger Stau und damit Emissionen.

Auch 2020 wird sich der Rat engagiert für eine ideologiefreie Mobilitätspolitik und Stärkung des Verkehrsnetzes aus Straßen, Schienen, Wasserwegen und Flughäfen einsetzen. Ein besonderer Fokus dabei wird auf dem Aufbau der Bundesautobahngesellschaft und mehr Wettbewerb im Bahnsektor liegen. Daneben werden Digitalisierungsstrategien für den Verkehr sowie das Spannungsfeld Gefahrenabwehr und Logistik auf der Agenda der verkehrspolitischen Arbeit stehen.

## 6. Erleichterungen zur Stärkung der Wohnungsbautätigkeit eingebracht

Die Immobilienwirtschaft steht vor enormen gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Herausforderungen: Es gilt, in Ballungsräumen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, Lösungen für Regionen anzubieten, die von Schrumpfung betroffen sind und Verantwortung zu tragen für den Klimaschutz im Gebäudebestand. Leider aber nimmt die Politik den Wirtschaftszweig nicht als Lösungsanbieter wahr, trotz seines hohen Professionalisierungsgrades. Ganz im Gegenteil: Mietpreisbremsen, Mieten-



*„Ich genieße es jedes Mal, beim Wirtschaftsrat zu sein und mich mit seinen Mitgliedern auszutauschen.“*

**Dorothee Bär**  
Staatsministerin für Digitalisierung

deckel und Debatten um Zwangsverstaatlichungen sind nicht nur schädlich für das Investitionsklima und damit für die Lösung der Probleme, sie greifen zunehmend in das Eigentum ein. Gleichwohl konnte der Wirtschaftsrat in diesem schwierigen Umfeld seine Handschrift hinterlassen. Im Ergebnis bleibt festzuhalten:

- Einführung einer Länderöffnungsklausel im Zuge der Reform der Grundsteuer, damit eine länderindividuelle Einführung des bürokratiearmen wertunabhängigen Flächenmodells möglich wird,
- Bereitstellung von zusätzlich 2,5 Milliarden Euro an Bundesmitteln bis 2021 für den sozialen Wohnungsbau, Verstärkung des KfW-Programms „Altersgerecht umbauen“,
- Schaffung steuerlicher Anreize für den freifinanzierten Wohnungsneubau (bis 2021 befristete Sonder-AfA von fünf Prozent p. a.),
- Einführung einer einfachen, technologieoffenen steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung im Rahmen der Klimaschutzgesetzgebung,
- Beschluss des Bundesparteitags der CDU zur Herbeiführung einer Normenkontrollklage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen das Mietendeckelgesetz des Landes Berlin.

Vor dem Hintergrund der in Teilen sehr populistischen Debatten in der Wohnungspolitik, gilt es deutlich zu machen, dass eine Wohnraumoffensive nach Deregulierung und investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen verlangt. Anreize wie eine steuerliche Förderung des Mietwohnungsbaus, eine Hinterfragung der Umsatzsteuer bei Bauleistungen, die baukostentreibenden Energiestandards oder die mangelnde Ausweisung von Bauland werden auch 2020 vom Wirtschaftsrat aktiv in die politische Diskussion eingebracht werden.

## 7. Rahmenbedingungen für die Digitalisierung der deutschen Wirtschaft verbessert

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur wird vorangetrieben und auf Drängen des Wirtschaftsrates intensiviert. Der Weg für die nächste Mobilfunkgeneration 5G ist frei. Der Wirtschaftsrat begleitet den Prozess eng, damit sich Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bleibt auch mehr als ein Jahr nach Inkrafttreten eine bürokratische Herausforderung, vor allem für KMU und Startups. Mit Erfolg hat der Wirtschaftsrat durchgesetzt, dass eine Lockerung der geltenden Rechtsbestimmungen Teil der Mittelstandsstrategie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wird. Des Weiteren konnte bewirkt werden:

- Beseitigung der „weißen“ Flecken in der Mobilfunkversorgung durch Bereitstellung von Investitionsmit-



teln in Höhe von 1,1 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“,

- Durchsetzung hoher qualitativer Anforderungen im Rahmen der Versteigerung der 5G-Frequenzen sowie Einführung von Sanktionen bei Nichterfüllung der Ausbaupflichtung,
- Anhebung der Schwelle für die Bestellung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten auf 50 Beschäftigte,
- Anpassung der Wettbewerbsbedingungen bei Mobilfunk-Terminierungsentgelten, so dass es keine regulatorische Benachteiligung mehr für deutsche Mobilfunknetzbetreiber gibt.

Im Frühjahr 2020 folgt die Evaluation der DSGVO. Der Wirtschaftsrat wird sich für eine Zentralisierung der Datenschutzaufsichtsbehörden auch in Deutschland einsetzen und eine Harmonisierung der geltenden Datenschutzbestimmungen einfordern. Bei der Neugestaltung der e-Privacy-Verordnung wird der Wirtschaftsrat darauf pochen, dass die Regelungen nicht zum Sargnagel für Innovationen aus Europa werden.

## 8. Umsetzung der KI-Strategie der Bundesregierung erfolgreich begleitet

Die Entwicklung und Anwendung der Künstlichen Intelligenz ist auf dem besten Weg, zu einem Game Changer für die Innovationsfähigkeit Deutschlands zu werden. Mit Erfolg hat der Wirtschaftsrat durchgesetzt, dass eine steuerliche Förderung von privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben 2020 eingeführt wird. Ein Jungbrunnen für Innovationen ist die Gründerszene. Nach langem Werben des Wirtschaftsrates für einen Beteiligungsfonds mit Wagniskapital, hat sich die Bundesregierung für dessen Aufbau entschieden. Darüber hinaus wurden diese Empfehlungen aufgegriffen:

- Einrichtung von sechs KI-Kompetenzzentren,
- Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung, Umsetzung als Zulagenmodell,
- Stärkung der Venture-Capital-Fondslandschaft in Deutschland durch Neugründung der KfW-Capital GmbH & Co. KG; es wird ein Beteiligungsfonds für Zukunftstechnologien in Höhe von zehn Milliarden Euro aufgelegt,
- Schaffung einer Agentur für Sprunginnovationen (SprinD) mit Sitz in Leipzig mit einem Budget von einer Milliarde Euro über zehn Jahre,
- Anerkennung des politischen Handlungsbedarfs bei der Besteuerung von Unternehmensbeteiligungen.

Auch 2020 wird sich der Wirtschaftsrat dafür einsetzen, dass sich die Rahmenbedingungen für Startups verbessern. Vor allem bei der Art und Höhe der Besteuerung



*„Wir haben im Ministerium viele gute Ideen, wie Deutschland in der Bildung, Wissenschaft und Forschung noch besser werden kann. Es würde mich freuen, diesen Weg mit dem Wirtschaftsrat an unserer Seite zu gehen.“*

**Anja Karliczek**  
Bundesministerin für Bildung und Forschung

von Unternehmensbeteiligungen wird der Wirtschaftsrat nicht locker lassen. Auf die Umsetzung der KI-Strategie der Bundesregierung wird weiter geachtet. Die Forderung nach einem externen und unabhängigen Monitoring, um die Erfolge zu messen, bleibt aufrechterhalten. Bei der Implementierung der Empfehlungen der Datenethikkommission wird der Wirtschaftsrat auf Ausgewogenheit achten und vor zu strenger Regulierung im Umgang mit Algorithmen stets warnen.

## 9. Fachkräfteeinwanderungsgesetz durchgesetzt

Zehn Jahre kämpfte der Wirtschaftsrat für ein transparentes Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das mehr qualifizierte Zuwanderung ermöglicht. Im Sommer 2019 wurde es endlich verabschiedet. Zuvor verdeutlichte der Generalsekretär des Wirtschaftsrates den enormen Handlungsdruck auf dem Fachkräfteforum von Wirtschaftsrat und Ludwig-Erhard-Stiftung am 7. Mai 2019: „Die Zahl der offenen Stellen ist auf rund 1,5 Millionen angestiegen. Waren früher vor allem die MINT-Berufe betroffen, so leidet die Wirtschaft inzwischen in ganzer Breite unter dem Arbeitskräftemangel. Dieser ist nicht nur konjunkturell bedingt, sondern dauerhaft, strukturell. Er wird sich weiter verschärfen, denn bis 2040 wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter voraussichtlich um sechs Millionen sinken. Deshalb ist es entscheidend, mehr qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland zu lenken.“ Zu den wichtigsten, vom Wirtschaftsrat initiierten Neuerungen im Fachkräfteeinwanderungsgesetz für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten zählen:

- Arbeitgeber müssen zukünftig bei der Einstellung von Fachkräften aus dem Nicht-EU-Ausland nicht mehr nachweisen, dass niemand in der EU die Tätigkeit genauso gut ausführen könnte.
- Beruflich Qualifizierte dürfen auch außerhalb von Engpassberufen eingesetzt werden.



*„Der Wirtschaftsrat ist ein unverzichtbarer Rat- und Impulsgeber für die Politik.“*

**Christian Freiherr von Stetten**  
Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand und mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*„Die Energiepolitik ist eines der Kernthemen, wenn es um Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit geht und ich freue mich, mit dem Wirtschaftsrat darüber zu reden.“*

**Armin Laschet**  
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

- Fachkräfte mit Berufsausbildung dürfen unter bestimmten Voraussetzungen nach Deutschland einreisen, um sich hier einen Arbeitsplatz zu suchen.
- IT-Fachkräfte erhalten auch ohne formalen Abschluss Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt.
- Die bisherige enge Verknüpfung zwischen Qualifikation und Tätigkeit wird aufgehoben. So darf eine ausländische Ärztin künftig beispielsweise auch in einem Pharmaunternehmen arbeiten.

Auch 2020 wird die Linderung des Fachkräftemangels durch mehr qualifizierte Zuwanderung im Fokus des Wirtschaftsrates stehen. So werden wir darauf drängen, dass das volle Potenzial des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes ausgeschöpft wird, beispielsweise indem die Visavergabe für ausländische Fachkräfte künftig wesentlich schneller erfolgt.



*„Wirtschaft und Politik müssen die Zukunft zusammen gestalten. Das wird einem allein nicht gelingen.“*

**Joe Kaeser**  
Vorsitzender des Vorstands der Siemens AG

## 10. Kernforderungen zur Stärkung der privaten Altersvorsorge politisch verankert

Wenn ab 2025 die Babyboomer in den Ruhestand gehen, wird die umlagefinanzierte, gesetzliche Rentenversicherung auf die Zerreißprobe gestellt. Umso wichtiger wird eine starke kapitalgedeckte, eigenverantwortliche Altersvorsorge. Deshalb hat die Bundesarbeitsgruppe Private Altersvorsorge des Wirtschaftsrates ihren Kompass zur Stärkung der dritten Säule der Alterssicherung



*„Über das Engagement des Wirtschaftsrates und seine Kritik freue ich mich, das brauchen wir als Bundesregierung.“*

**Andreas Scheuer**  
Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur

erarbeitet und diesen seit Anfang 2019 in Politik wie Öffentlichkeit getragen. Die Kernforderungen für eine noch attraktivere Riester-Rente übernahm die CDU in ihrem Parteitagsbeschluss zur Stärkung der privaten Altersvorsorge:

- Das Zulagenverfahren soll bei einer staatlichen Stelle gebündelt und vereinfacht werden. Durch einmalige und abschließende Prüfung der Einkommensdaten sollen nachträgliche Korrekturen und Rückforderungen entfallen.
- Förder- und Sparbeträge sollen dynamisiert werden.
- Künftig sollen mehr Menschen mit der Riester-Rente erreicht werden, indem etwa auch Selbständige die Förderung erhalten.
- Für bessere Renditechancen sollen die Anlagemöglichkeiten der Vorsorgeanbieter flexibilisiert werden. Hierfür soll für alle Riester-Sparer, die dies wünschen, die 100-prozentige Bruttobeitragsgarantie abgeschwächt werden, damit mehr Geld in volatilere Anlageformen wie Aktien fließen kann.

Mit dem Beschluss des CDU-Parteitags konnte – auch durch Überzeugungsarbeit des Wirtschaftsrates – ein konkurrierender Antrag abgewendet werden, der einen staatlich organisierten Vorsorgefonds vorsah. Dies wäre ein weiterer ordnungspolitischer Sündenfall gewesen, denn der Staat soll als Schiedsrichter die Einhaltung der Regeln des Marktes sicherstellen, darf aber auch auf dem Altersvorsorgemarkt keinesfalls selbst mitspielen. Andernfalls drohen Wettbewerbsverzerrungen zulasten privater Anbieter. Hierfür wird der Wirtschaftsrat auch 2020 kämpfen und dabei insbesondere die Bedeutung einer hochwertigen und entsprechend entlohnten Vorsorgeberatung betonen.

## 11. Erfolgreich für mehr Wettbewerb und Digitalisierung im Gesundheitswesen eingesetzt

Ein Mehr an staatlicher Gängelung und Bürokratie ist keine nachhaltige Lösung für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung. Vielmehr sollte die kosteneffiziente Erhöhung des Versorgungsniveaus Sinn und Zweck aller gesundheitspolitischen Reformen sein. Dabei gilt es insbesondere die vorhandenen Wirtschaftlichkeitsreserven durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung konsequent zu erschließen, um die steigenden Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen. So haben sich auch 2019 die Bundesfachkommissionen Gesundheitswirtschaft und Digital Health sowie die Bundesarbeitsgruppe Krankenhausreform fortwährend in die gesundheitspolitische Diskussion eingebracht, um die Stärkung des Standorts Deutschland im Gesundheitsbereich zu unterstützen und die Zukunftsfähigkeit zu



sichern. Als zentrale Forderungen konnten eingebracht werden:

- Die Förderung von Wettbewerb im Gesundheitswesen ist auch für die Einhaltung des 40-Prozent-Beitragsziels in den sozialen Sicherungssystemen unerlässlich. Mehrkosten im Gesundheitsbereich müssen vermieden werden, damit nicht Krankenkassenbeiträge für Bürger und Unternehmen weiter steigen.
- Zur notwendigen Digitalisierung des Gesundheitswesens wurden wichtige Forderungen des Wirtschaftsrates umgesetzt. Insbesondere die Erweiterung der Telematikinfrastruktur um Apotheken und Krankenhäuser, das Vorantreiben der Videosprechstunde sowie die Schaffung von Regelungen zur Verwendung des elektronischen Rezeptes sind hier hervorzuheben.
- Die Bundesarbeitsgruppe Krankenhaus des Wirtschaftsrates hat sich nachhaltig für ein zukunftsfähiges Krankenhauswesen stark gemacht, welches Wirtschaftlichkeit und Qualitätssicherung als oberste Gebote berücksichtigt.
- Mit dem Gesundheitssymposium des Wirtschaftsrates wurde ein kraftvolles Signal für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen mit wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung gesetzt.

Auch 2020 wird der Wirtschaftsrat sich dafür einsetzen, dass der Staat im Gesundheitswesen dem Markt die Chance lässt. Hierbei werden etwa die aktive Begleitung des Gesetzes für einen fairen Kassenwettbewerb in der Gesetzlichen Krankenversicherung, des Gesetzes zur Stärkung von Rehabilitation und intensiv-pflegerischer Versorgung sowie die Reformpläne im Krankenhausbereich im Fokus stehen.

## 12. Gesetzliche Verpflichtungen in der Ernährungspolitik verhindert, Brancheninitiativen ermöglicht

Lebensmitteleinzelhandel und Ernährungswirtschaft tragen Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung mit sicheren, hochwertigen, nachhaltigen und preiswerten Nahrungsmitteln. Beide Branchen erfüllen diesen Auftrag mit Bravour, so dass Deutschland nahezu autark ernährt werden und Bürger im Durchschnitt lediglich 14 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden müssen. Zudem zählen Handel und Ernährungswirtschaft zu den wichtigsten Arbeitgebern und Wirtschaftsfaktoren hierzulande. Jedoch belasten zunehmende politische Reglementierungen die unternehmerische Souveränität, die Wettbewerbsfähigkeit und die Möglichkeiten, erfolgreich und nachhaltig zu wirtschaften. Die Arbeitsergebnisse der Bundesfachkommission Handel, Ernährung, Verbraucherschutz des Wirtschaftsrates lassen sich für 2019 wie folgt zusammenfassen:



*„Wie so oft beim Wirtschaftsrat fühlt man sich hier als Freier Demokrat willkommen, weil wir viele Grundüberzeugungen teilen.“*

**Christian Lindner**  
Bundesvorsitzender der FDP

- Den Unternehmen der Ernährungswirtschaft bleibt es überlassen, ob sie Lebensmittelprodukte mit einer wissenschaftlich umstrittenen farblichen Ampelkennzeichnung wie dem Nutri Score kennzeichnen.
- Im Zuge der Nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung hat sich der Wirtschaftsrat für zusätzliche Verbraucheraufklärung ausgesprochen, die derzeit umgesetzt wird. Denn der größte Anteil der Lebensmittelabfälle wird durch die Konsumenten verursacht.
- Vermittelt hat der Wirtschaftsrat zwischen Politik und Unternehmen und damit dazu beigetragen, dass die Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Lebensmitteln einvernehmlich und im Rahmen von Informationskampagnen zur Aufklärung und Verbesserung der Ernährungskompetenz umgesetzt wurde.
- Das staatliche Tierwohlkennzeichen wurde auf Grundlage praktischer Erfahrungen erarbeitet und bleibt freiwillig. Es wird dem Verbraucher durch seine Kaufentscheidung überlassen, über den Grad des Tierwohls zu entscheiden.
- Die Bundesfachkommission hat sich gegen die Pläne der Bundesumweltministerin gestemmt, die Hersteller von Einwegartikeln im Zuge der erweiterten Herstellerverantwortung an kommunalen Abfallentsorgungskosten zu beteiligen.

Der Wirtschaftsrat wird sich mit seiner Ernährungskommission auch 2020 dafür einsetzen, dass staatliche Einschränkungen und Verbote abgewendet werden, so dass marktwirtschaftliche Freiräume und faire Wettbewerbsbedingungen erhalten bleiben. Nur so können Lebensmitteleinzelhandel und Ernährungswirtschaft in Zeiten des Klimawandels und eines veränderten Käuferverhaltens ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden.



*„Dem Wirtschaftsrat bin ich dankbar für die fundierten Positionen auf dem Gebiet der europäischen Industrie-, Handels- und Finanzpolitik.“*

**Günther Oettinger**  
ehem. EU-Kommissar



## Präsidium

Die Mitglieder des Präsidiums gehören gleichzeitig dem Bundesvorstand des Wirtschaftsrates an.



### PRÄSIDENTIN

#### Astrid Hamker

Gesellschafterin und Mitglied des Beirates Piepenbrock Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG



### VIZEPRÄSIDENT

#### Friedrich Merz

Rechtsanwalt  
Chairman BlackRock Asset Management Deutschland AG



### VIZEPRÄSIDENT

#### Prof. Hans Helmut Schetter

Vorsitzender Beirat  
KAMMERDIENER PEEGUT GRUPPE



### SCHATZMEISTER

#### Dr. Henneke Lütgerath

Mitglied des Aktionärsausschusses  
M.M.Warburg & CO (AG & Co.) KGaA



### Heinrich Baumann

Geschäftsführender Gesellschafter  
Eberspächer Gruppe GmbH & Co. KG



### Paul Bauwens-Adenauer

Geschäftsführender Gesellschafter  
Bauwens GmbH & Co. KG



### Wendelin von Boch

Vorsitzender Gesellschafterausschuss  
Villeroy & Boch AG



### Dr. Nikolaus Breuel

Geschäftsführender Gesellschafter  
Karl-J. Kraus & Partner GmbH



### Renata Jungo Brünger

Mitglied des Vorstandes  
Integrität und Recht  
Daimler AG



### Sabine Christiansen

Geschäftsführerin  
TV21 GmbH



### Dr. Hugo Fiege

Gesellschafter  
Fiege Logistik Holding Stiftung & Co. KG



### Christian Klein

Co-CEO / COO  
SAP SE



### Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch

Ministerpräsident a.D.  
Vorsitzender des Aufsichtsrates  
UBS Europe SE



### Günther H. Oettinger

ehemaliger EU-Kommissar



### Joachim Rudolf

Geschäftsführer  
Rudolf Lichtwerbung GmbH



### Dr. Stefan Schulte

Vorsitzender des Vorstandes  
Fraport AG



### Christian Sewing

Vorsitzender des Vorstandes  
Deutsche Bank AG



### Wolfgang Steiger

Generalsekretär  
Wirtschaftsrat der CDU e.V.



### Christian Freiherr von Stetten MdB

Vorsitzender Parlamentskreis  
Mittelstand, Mittelstandspolitischer Sprecher der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



### Dr. Karsten Wildberger

Mitglied des Vorstandes  
E.ON SE



### Bettina Würth

Vorsitzende des Beirates der Würth-Gruppe  
Adolf Würth GmbH & Co. KG



## Bundesvorstand

### Angela Aicher

CIO/Kommunikation/CMO  
Max Aicher GmbH & Co. KG

### Conrad Albert

Stellv. Vorstandsvorsitzender  
ProSiebenSat.1 Media SE

### Steffen Beck

Rechtsanwalt/FA  
für Insolvenzrecht  
Geschäftsführender  
Gesellschafter  
PLUTA Rechtsanwalts GmbH

### Frank Becker

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
Salzenbrodt GmbH & Co. KG

### Dr. Ulrich Bittihn

Mitglied des Aufsichtsrates  
Nagel-Group Verwaltungs-SE

### Dr. Christian von Boetticher

Geschäftsführer  
Peter Köln GmbH & Co. KGaA

### Dr. Albert Dürr

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
WOLFF & MÜLLER Holding  
GmbH & Co. KG

### Matthias Freiling

Geschäftsführender Eigentümer  
SKY Akademien

### Dr. Rainer Gerding

Bundesgeschäftsführer  
Wirtschaftsrat der CDU e.V.

### Jan-Hendrik Goldbeck

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
GOLDBECK GmbH

### Frank Gotthardt

Vorsitzender des Vorstandes  
CompuGroup Medical SE

### Kai Hankeln

Konzerngeschäftsführer CEO  
Asklepios Kliniken  
GmbH & Co. KGaA

### Alfons Hörmann

Präsident  
Deutscher Olympischer  
Sportbund

### Karl Friedrich Fürst

von Hohenzollern  
Unternehmensgruppe  
Fürst von Hohenzollern

### Wolfgang Holzauer

Gesellschafter  
Holzhauer KG

### Petra Justenhoven

Mitglied der Geschäftsführung  
PricewaterhouseCoopers GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

### Dr. Johannes F. Kirchhoff

Managing Partner  
KIRCHHOFF Group

### Susanne Klöß

Vorstand, DB Privat- und  
Firmenkundenbank AG

### Sebastian Koepfel

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
beckers bester GmbH

### Mihajlo Kolakovic

Inhaber  
Kolakovic & Partner  
Personalberatung

### Rüdiger Kuhn

Vorstandsvorsitzender / VP  
Materials Central Europe  
CEMEX Deutschland AG

### Dr. Rainhardt Freiherr

von Leoprechting  
Vorsitzender des Vorstandes  
Berufsgenossenschaft  
Handel und Warenlogistik

### Prof. Dr. Stefan Liebing

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
Conjuncta GmbH

### Dieter Lorenz

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
Habekost + Fichtner GmbH

### Andreas Mau

Geschäftsführer/Partner  
MÖHRLE HAPP LUTHER  
Partnerschaft mbH

### Philipp Meyer

Gesellschafter Geschäftsführer  
Meyer Consulting GmbH & Co. KG

### Dr. Andreas Möller

Leiter Unternehmens-  
kommunikation und Politik  
TRUMPF GmbH + Co. KG

### Dr. Michael Moeskes

Rechtsanwalt  
Anwälte Am Dom

### Jörg Müller-Arnecke

Geschäftsführer  
Canvas Solutions GmbH

### Hildegard Müller

ab 01.02.2020:  
Präsidentin  
VDA Verband der  
Automobilindustrie

### Burkhard Ober

Head of Public Policy  
Allianz SE

### Aygül Özkan

Ministerin a.D.  
Rechtsanwältin

### Anja Osterloh

Geschäftsführende  
Gesellschafterin  
mod IT Services GmbH

### Thorsten Pötke

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
EMV Entsorgungszentrum  
Mecklenburg-Vorpommern GmbH

### Dr. Lutz R. Raettig

Vorsitzender des Aufsichtsrates  
Morgan Stanley Bank AG

### Dr. Franz J. Ruder

Managing Director  
Underberg AG

### Joachim Rumstadt

Vorsitzender der  
Geschäftsführung  
STEAG GmbH

### Dr. Thomas Schäfer MdL

Staatsminister  
Hessisches Ministerium  
der Finanzen

### Dieter Schmidt

Vorstand  
Detlef Hegemann AG

### Prof. Rolf Schnellecke

Aufsichtsratsvorsitzender  
Schnellecke Group AG & Co. KG

### Dr. Joachim von Schorlemer

Mitglied des Vorstandes  
ING-DiBa AG

### Dr. Dirk Schröter

Geschäftsführer KSP GmbH  
der LEAG-Unternehmensgruppe  
Lausitz Energie Bergbau AG und  
Lausitz Energie Kraftwerke AG

### Sven Schulz

Vorsitzender der  
Geschäftsführung  
Schulz Group GmbH

### Detlev Seeliger

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
MAPCO Autotechnik GmbH

### Prof. Dr. Kristina Sinemus

Staatsministerin  
Hessisches Ministerium  
für Digitale Strategie und  
Entwicklung

### Rene S. Spiegelberger

Stiftungsgründer  
Rene S. Spiegelberger Stiftung

### Johannes-Georg Voll

Rechtsanwalt

### Dr. Peter Wende

Partner, CMS Hasche Sigle  
Partnerschaft von  
Rechtsanwälten  
Steuerberater mbB

### Hans-Ullrich Werner

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
MAVEG mbH

### Thomas Wolff

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
wolfcraft GmbH

### Dr. Marc Zoellner

Geschäftsführender  
Gesellschafter  
Accumulatorenwerke Hoppecke  
Carl Zoellner & Sohn GmbH

## Gäste aus dem Jungen Wirtschaftsrat

### Dr. Philipp Brauksiepe

Rechtsanwalt/Steuerberater  
Rund Gluth Jarosch und Partner

### Marcus Ewald

Geschäftsführender Gesellschafter  
Ewald & Rössing GmbH & Co. KG

### Friederike Hagenbeck

Geschäftsführerin  
Tierpark Hagenbeck gGmbH

### Sarah Hagenkötter

Key Client Executive  
Marsh GmbH

### Dr. Sven Hildebrandt

Partner  
DLC Distributed Ledger Consulting GmbH

### Karl-Christian Lauk

Geschäftsführer  
Axel Springer Teaser AD GmbH



## Bundesfachkommissionen

### Beirat Familienunternehmen



**VORSITZ**  
**Prof. Rolf Schnellecke**  
Aufsichtsratsvorsitzender  
Schnellecke Group AG & Co. KG

■ Bundesgeschäftsführer  
Dr. Rainer Gerding

### Steuern



**VORSITZ**  
**Frank W. Grube**  
Mitglied des Vorstandes  
KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

**STELLVERTRETERIN**  
**Prof. Dr. Martina Baumgärtel**  
Chief Regulatory Advisor  
Allianz SE

■ Referent: Erik Wredenhagen

### Bau, Immobilien, Smart Cities



**VORSITZ**  
**Michael Zahn**  
Chief Executive Officer  
Deutsche Wohnen SE

**STELLVERTRETER**  
**Dr. Claus Lehner**  
Vorsitzender der Geschäftsführung  
GBW Real Estate GmbH & Co. KG

**Michael Lowak**  
Geschäftsführer & Segment CEO  
GETEC Wärme & Effizienz GmbH

■ Bereichsleiter:  
Thomas Frießecke

### Beirat Industriepolitik



**VORSITZ**  
**Martin Daum**  
Mitglied des Vorstandes  
Daimler AG

**STELLVERTRETER**  
**Prof. Dr. Michael Hüther**  
Direktor und Mitglied  
des Präsidiums  
Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln e.V.

■ Bereichsleiter:  
Dr. Bernd Weber

### Internationaler Kreis



**VORSITZ**  
**Dr. Jürgen Geißinger**  
Mitglied des Aufsichtsrates  
MTU Aero Engines AG

**STELLVERTRETER**  
**Frank Sportolari**  
Generalbevollmächtigter  
United Parcel Service Deutschland  
Inc. & Co. OHG

■ Fachgebietsleiterin:  
Fabienne Frauendorfer

### Energiepolitik



**VORSITZ**  
**Dr. Karsten Wildberger**  
COO E.ON SE

**STELLVERTRETER**  
**Wolfgang Anzengruber**  
Vorsitzender des Vorstandes  
VERBUND AG (Österreich)

**Stephan Frense**  
Geschäftsführer  
ARGE Netz GmbH & Co. KG

■ Bereichsleiter:  
Dr. Bernd Weber

### Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik



**VORSITZ**  
**Dr. Lutz R. Raettig**  
Vorsitzender des Aufsichtsrates  
Morgan Stanley Bank AG

**STELLVERTRETER**  
**Lutz Diederichs**  
CEO  
PNB Paribas Germany

■ Fachgebietsleiter:  
Maximilian Vollmer



## Energieeffizienz



### VORSITZ

**Dr. Marc Andree Groos**  
Geschäftsführer  
Vaillant GmbH

### STELLVERTRETER

**Dr. Thomas Zengerly**  
Vorsitzender der Geschäftsführung  
Deutsche Shell Holding GmbH

■ Fachgebietsleiterin:  
Dr. Cristina Cezara Missing

## Umwelt- und Klimaschutz



### VORSITZ

**Detlev Wösten**  
Geschäftsführer und  
Chief Technology + Strategy Officer  
H&R GmbH & Co. KGaA

### STELLVERTRETER

**Frank Schulz**  
Vice President und CEO  
ArcelorMittal Germany Holding  
GmbH

**Dr. Armin Eichholz**  
Vorsitzender der Geschäftsführung  
MIBRAG Mitteldeutsche  
Braunkohlengesellschaft mbH

■ Fachgebietsleiterin:  
Dr. Cristina Cezara Missing

## Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0



### VORSITZ

**Dr. Werner Kook**  
Generalbeauftragter  
Rhenus SE & Co. KG/  
Rethmann SE & Co. KG;  
Vorstand Niederrheinische  
Verkehrsbetriebe AG NIAG

### STELLVERTRETER

**Dr. Stefan Kurrle**  
Vorsitzender des Beirates  
Fiege Logistik Holding Stiftung & Co. KG

**Frank M. Schmid**  
Geschäftsführer  
Schmid Mobility Solutions GmbH

■ Bereichsleiter:  
Thomas Friesecke

## Arbeitsmarkt und Alterssicherung



### VORSITZ

**Hans Joachim Reinke**  
Vorstandsvorsitzender  
Union Asset Management Holding AG

### STELLVERTRETER

**Manfred Bauer**  
Mitglied des Vorstandes  
MLP SE

**Prof. Dr. Andreas Hackethal**  
Dekan Fachbereich  
Wirtschaftswissenschaften  
Johann Wolfgang Goethe-Universität

■ Stellv. Leiter Wirtschafts-  
und Gesellschaftspolitik:  
Dr. Holger Fricke

## Gesundheitswirtschaft



### VORSITZ

**Dr. Birgit König**  
Geschäftsführerin  
Allianz Digital Health

### STELLVERTRETER

**Christian Molt**  
Mitglied des Vorstandes  
ERGO Deutschland AG

■ Fachgebietsleiterin:  
Annika Herzner

## Digital Health



### VORSITZ

**Dr. Frank Wartenberg**  
President Central Europe  
IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG

### STELLVERTRETER

**Uwe Eibich**  
Vorstand  
CompuGroup Medical SE  
(bis 21.12.2019)

**Bernd Christoph Meisheit**  
Geschäftsführer  
Sana IT Services GmbH

■ Fachgebietsleiterin:  
Annika Herzner



## Bundesfachkommissionen

### Innovationsforum



#### VORSITZ

**Dr. Ulrich Störk**

Sprecher der Geschäftsführung  
PricewaterhouseCoopers GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

■ Referent:  
Bernd Roschnik

### Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0



#### VORSITZ

**Hans-Georg Krabbe**

Vorsitzender des Vorstandes  
ABB AG

#### STELLVERTRETER

**Rainer Hundsdörfer**

Vorsitzender des Vorstandes  
Heidelberger Druckmaschinen AG

■ Referent:  
Bernd Roschnik

### Internet und Digitale Wirtschaft



#### VORSITZ

**Florian Roth**

Chief Information Officer  
SAP SE

#### STELLVERTRETER

**Tanja Böhm**

Mitglied der Geschäftsleitung  
Microsoft Berlin,  
Managing Director Corporate Affairs  
Microsoft Deutschland GmbH

**Dr. Christoph Clément**

Mitglied der Geschäftsleitung  
Vodafone GmbH

■ Bereichsleiter:  
Volker Heinecke

### Handel, Ernährung, Verbraucherschutz



#### VORSITZ

**Thomas Kyriakis**

Vorstand  
Schwarz Zentrale Dienste KG

#### STELLVERTRETER

**Marc-Aurel Boersch**

Vorsitzender des Vorstandes  
Nestlé Deutschland AG

**Markus Mosa**

Vorsitzender des Vorstandes  
EDEKA ZENTRALE AG & Co. KG

■ Referent:  
Christian Forster

### Handel Non food



#### VORSITZ

**Dr. Alexander von Preen**

Vorsitzender des Vorstandes  
INTERSPORT Deutschland eG

■ Bereichsleiter:  
Thomas Friesecke

### Wissenschaftlicher Beirat



#### VORSITZ

**Prof. Dr. Dr. h.c. Lars Feld**

Wirtschaftsweiser und Leiter  
des Walter Eucken-Instituts

■ Bundesgeschäftsführer  
Dr. Rainer Gerding



## Bundesarbeitsgruppen

### Staatsfinanzen



**VORSITZ**  
**Eckhardt Rehberg MdB**  
 Haushaltspolitischer Sprecher  
 der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Referent:  
 Erik Wredenhagen

### Rohstoffpolitik



**VORSITZ**  
**Dr. Thomas Bünger**  
 Mitglied des Vorstandes  
 Aurubis AG

Referent:  
 Robin Reh

### Energie für Mobilität



**VORSITZ**  
**Joachim Drees**  
 Vorstandsvorsitzender  
 MAN SE

Bereichsleiter:  
 Dr. Bernd Weber

### Krankenhausreform



**VORSITZ**  
**Kai Hankeln**  
 Konzerngeschäftsführer CEO  
 Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA

**STELLVERTRETER**  
**Stephan Hauschild**  
 Mitglied der Geschäftsleitung  
 Leitung Key Account Management,  
 Gesundheitswesen  
 Jüttner Orthopädie KG

Fachgebietsleiterin:  
 Annika Herzner

### Private Altersvorsorge



**VORSITZ**  
**Ralf Berndt**  
 Vorstand  
 Stuttgarter Lebensversicherung a.G.

Stellv. Leiter Wirtschafts- und  
 Gesellschaftspolitik:  
 Dr. Holger Fricke

### Medienwirtschaftspolitik



**VORSITZ**  
**Thomas Dittrich**  
 Geschäftsführender Gesellschafter  
 der Europäischen Medien-  
 und Business-Akademie

**STELLVERTRETER**  
**Martin Moszkowicz**  
 Vorsitzender des Vorstandes  
 Constantin Film AG

Bereichsleiter:  
 Volker Heinecke

### Cybersicherheit



**VORSITZ**  
**Prof. Timo Kob**  
 Vorstand  
 HiSolutions AG

**STELLVERTRETER**  
**Jörg Tesch**  
 Managing Partner  
 Deloitte GmbH  
 Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Referent: Bernd Roschnik

### Gigabit-Gesellschaft



**VORSITZ**  
**Dr. Christoph Clément**  
 Mitglied der Geschäftsleitung  
 Vodafone GmbH

Bereichsleiter:  
 Volker Heinecke

### Startups



**VORSITZ**  
**Wolfgang Stelzle**  
 CEO & Founder  
 RE'FLEKT GmbH

Referent:  
 Bernd Roschnik



## Bundesarbeitsgruppen

### Mehr Privat für einen starken Staat



#### VORSITZ

**Wolfgang Clement**  
Bundeswirtschaftsminister a.D.  
und Ministerpräsident a.D.

#### STELLVERTRETER

**Dr. Dirk Quermann**  
Geschäftsführer  
Mercur Media GmbH

#### Renatus Zilles

Vorsitzender des Vorstandes  
DVTM Deutscher Verband für  
Telekommunikation und Medien e.V.

■ N.N.

### Moderne Verwaltung und Bürokratieabbau



#### VORSITZ

**Marc Reinhardt**  
Mitglied der Geschäftsführung  
Head of Public Sector and Health  
Capgemini

#### STELLVERTRETER

**Christian Bertmann**  
Managing Director  
Accenture GmbH

■ Bereichsleiter:  
Thomas Frießecke

### Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik



#### VORSITZ

**Marco R. Fuchs**  
CEO OHB SE

■ Fachgebietsleiter:  
Marco Hahnfeld

## Bundesgeschäftsführung



**Wolfgang Steiger**  
Generalsekretär  
und Mitglied  
des Präsidiums



**Dr. Rainer Gerding**  
Bundesgeschäftsführer  
und Mitglied  
des Bundesvorstandes



**Rahel Baumgärtner**  
Geschäftsführerin  
Personal, Organisation  
und IT



**Klaus-Hubert Fugger**  
Geschäftsführer  
Presse und  
Kommunikation



**Iris Hund**  
Geschäftsführerin  
Finanzen  
und Controlling

## Mitglied der Geschäftsleitung



**Simon Steinbrück**  
Internationale Wirtschaftspolitik  
und Europäische Währungs politik



## Der Wirtschaftsrat im Spiegel der Presse

Focus

7. Januar 2019

— „Der **Soli** ist schon lange nicht mehr zu rechtfertigen. Die Bundesregierung sollte ihn schnellstmöglich, am besten 2019 mit Ablauf des Solidarpakts II vollständig, ersatzlos und für alle abschaffen“, forderte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Die Welt

24. Januar 2019

— „Fakt ist, dass die Welt dank freier Märkte und Globalisierung in den letzten Jahrzehnten einen historisch beispiellosen Rückgang der Armut erlebt hat. Nicht weniger, sondern mehr **Globalisierung** und Handel bieten Menschen Aufstiegschancen und Wohlstand – überall auf der Erde“, unterstrich Generalsekretär Wolfgang Steiger.

**Börsen-Zeitung**

29. Januar 2019

— „Eine Debatte über **Europa** muss mit dem Eingeständnis beginnen, dass wir ein massives Schuldenproblem haben. Fast ein Jahrzehnt nach Beginn der Krise setzen viele Euroländer immer noch auf Wachstumsmodelle, die sich übermäßig auf Kredite stützen“, mahnte Wolfgang Steiger.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung*

1. Februar 2019

— „Hier geht es um den in allen Sonntagsreden so oft gepriesenen Mittelstand in Deutschland“, erklärte Wolfgang Steiger. „Handlungsbedarf ist daher mehr als gegeben: der **Soli** muss vollständig und für alle Steuerzahler abgeschafft werden, die Belastung der Unternehmen auf Unternehmensebene auf 25 Prozent gesenkt werden.“

Die Welt

6. Februar 2019

— „Klare **ordnungspolitische Grundsätze** haben unsere Soziale Marktwirtschaft erfolgreich gemacht. Denn der Staat kann keine Batteriefabriken bauen oder Unternehmer ersetzen. Auch dirigistische Staatsfonds können keine Lösung sein“, mahnte Wolfgang Steiger weiter.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung*

26. Februar 2019

— „Zehn Jahre lang sind die Steuereinnahmen von Rekord zu Rekord geeilt“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger gegenüber der Zeitung. „Wenn sich jetzt in der Finanzplanung trotz **Rekordüberschüssen** und weiter steigenden Steuereinnahmen ein zweistelliges Milliardenloch auftut, liegt das Problem eindeutig auf der konsumtiven Ausgabenseite.“

Handelsblatt

22. März 2019

— „Es braucht ein wettbewerbsfähiges Gegenmodell zu immer mehr staatlichen Eingriffen ins **Energiesystem**. Der staatliche Anteil am Strompreis muss dazu gesenkt, die Flexibilität gesteigert werden“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung*

18. April 2019

— **Steuersenkungen** und Entbürokratisierung sind die entscheidenden Standortfaktoren, wenn der Industriestandort Deutschland in Zukunft attraktiv bleiben soll“, betonte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Die Welt

2. Mai 2019

— „Wer auf solider, demografiefester Basis den Älteren einen auskömmlichen Lebensabend ermöglichen will, ohne die junge Generation zu überlasten, kommt angesichts der stetig steigenden Lebenserwartung an einer Verlängerung des **Renteneintrittsalters** nicht vorbei“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger

*Frankfurter Allgemeine Zeitung*

24. Mai 2019

— „Es geht darum, den Anteil der **Industrie** bei 22 Prozent der Bruttowertschöpfung zu erhalten oder gar auf 25 Prozent auszubauen“, schrieb Generalsekretär Wolfgang Steiger im Gastbeitrag. „Rund acht Millionen Industriearbeitsplätze in 100.000 Betrieben müssen erhalten bleiben.“

**BILD**

7. Juni 2019

— „Die berechtigten Ziele des **Klimaschutzes** sind mit wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Sicherheit zu verbinden. Niemandem, zu allerletzt dem Klima, ist geholfen, wenn in Deutschland mit seinem Anteil von unter drei Prozent am Kohlendioxidausstoß die Wirtschaft in die Knie geht und Arbeitsplätze verloren gehen“, mahnte Astrid Hamker.

Focus

21. Juni 2019

— „Der Wohlstand ist nicht vom Himmel gefallen, sondern hart erarbeitet. Vor allem durch den Mittelstand und seine vielen Leistungsträger. Wir brauchen echte Visionen und neue **Aufbruchsstimmung**, wohin sich das Land entwickeln soll“, erklärte Astrid Hamker im Interview.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung*

25. Juni 2019

— „Das **Datenschutzrecht** entkoppelt sich immer weiter von der Wirklichkeit und wird zu einem Behördenmonster: Es will jedes theoretisch denkbare Risiko präventiv abdecken, auch wenn allumfassender Schutz in der Praxis nicht möglich ist“, mahnte Wolfgang Steiger.

Die Welt

5. Juli 2019

— „Die Faktenlage ist klar: **Italien** nimmt seine stabilitätspolitische Verantwortung einer gemeinsamen Währung vorsätzlich nicht wahr. Soll der Stabilitätspakt noch ein Minimum an Glaubwürdigkeit behalten, gibt es angesichts des italienischen Schuldenstands keine andere Möglichkeit, als ein Defizit-Verfahren zu eröffnen“, mahnte Wolfgang Steiger.



## Der Wirtschaftsrat im Spiegel der Presse

Handelsblatt

10. Juli 2019

— „Das Konzept der **Umweltministerin** ist in erster Linie eine Nichtachtung der hart arbeitenden Menschen in Deutschland, die mit ihren Steuern und Abgaben den sozialen Wohlstand hierzulande ermöglichen“, kritisierte Wolfgang Steiger.

Börsen-Zeitung

26. Juli 2019

— „Die Unabhängigkeit der **Zentralbanken** ist zentraler Eckpfeiler einer modernen Finanzordnung“, schrieb Generalsekretär Wolfgang Steiger in einem Gastbeitrag für die Börsenzeitung. „Nur eine ohne Beeinflussung agierende Notenbank kann sicherstellen, dass die Geldpolitik nicht von Politikern genutzt wird, um kurzfristige Ziele zulasten langfristiger Stabilität zu erreichen.“

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

1. August 2019

— „Es zeugt von einer weltfremden Haltung der Grünen, mit dem Vorschlag von **Klimazöllen** in einer Zeit ohnehin höchst kritischer Handelskonflikte die Debatte zu verschärfen“, sagte Präsidentin Astrid Hamker der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

9. August 2019

— „Die Einhaltung der internationalen **Klimaschutzziele** gelingt nicht mit neuen Schulden, sondern nur durch Schaffung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen für eine integrierte Energiewende“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Handelsblatt

12. August 2019

— Nach einer Gründungs- und Ansiedlungsförderung, wie es sie nach der Wende gab, müsse im Zeitalter der Digitalisierung ein gezieltes Wachstum angestrebt werden, das in der Lage ist, sich selbst zu tragen. „Besonders mit dem Ausbau der **digitalen Infrastruktur** wird die Zukunft der Randregionen entschieden“, betonte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Die Welt

20. August 2019

— „Ein staatlicher Preisdeckel wie die **Mietpreisbremse** widerspricht nicht nur den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft, sondern hat auch nachweislich den Anstieg der Mieten auf angespannten Wohnungsmärkten nicht bremsen können“, sagte Wolfgang Steiger.

BILD

22. August 2019

— „Es ist höchste Zeit, dass die **Europäische Zentralbank** ihre sogenannte unkonventionelle Geldpolitik zurückfährt, mit der schleichenden Finanzierung von Staatsschulden aufhört und wieder Zinsen zulässt, die Sparer belohnen und nicht bestrafen“, zitierte die BILD Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Handelsblatt

9. September 2019

— „Wir sollten uns auf die Stärken des Industriestandorts Deutschland besinnen. Die Herausforderungen des **Klimawandels** würden nicht durch Panik oder neue Steuern gelöst, sondern durch Innovation und Technologie“, mahnte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Die Welt

27. September 2019

— „Wir erliegen der Illusion, statt Einkommen könnten Kredite, Schulden und frisches Geld uns dauerhaft einen höheren Lebensstandard ermöglichen. Als Konsequenz dieser Sichtweise gilt es mittlerweile fast als unanständig, einen ausgeglichenen **Haushalt** anzustreben“, mahnte Wolfgang Steiger.

dpa

30. September 2019

— „Wir können die Union nur warnen, der SPD eine Scheinlösung statt einer **Bedürftigkeitsprüfung** bei der Grundrente zuzugestehen“, sagte die Präsidentin des Wirtschaftsrates, Astrid Hamker.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

8. Oktober 2019

— „Angesichts der **Konjunkturertrübung** ist es jetzt entscheidend, den Faktor Arbeit wettbewerbsfähiger zu machen“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger

BILD

5. November 2019

— Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. warnte die Union vor einem Einknicken bei der **Grundrente**. Wolfgang Steiger dazu: „Die Union darf keine weiteren Zugeständnisse mehr machen oder auch nur Signale aussenden, dass doch noch etwas geht.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung

26. November 2019

— Der Wirtschaftsrat lehnt die Forderung von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht und Bundesfamilienministerin Franziska Giffey ab, Frauenquoten in Vorständen gesetzlich vorzuschreiben. Die Präsidentin des Wirtschaftsrates, Astrid Hamker, sagte der FAZ: „Die **Frauenquote** ist eine Gängelung der Wirtschaft und der Frauen.“

dpa

30. November 2019

„Die Wahl von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans ist ein klarer Fingerzeig der SPD-Basis gegen ein Weiter-so der **Großen Koalition**“, sagte der Generalsekretär des Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger.

Rheinische Post

7. Dezember 2019

Der Wirtschaftsrat lehnt Kernforderungen des SPD-Parteitags wie den Wiedereinstieg in die **Neuverschuldung** indes strikt ab und fordert die Union auf, hart zu bleiben. „Rote Linien müssen für die Union die schwarze Null und die Schuldenbremse sein“, so Generalsekretär Wolfgang Steiger.

**Verantwortlich:**

Wolfgang Steiger, Dr. Rainer Gerding, Klaus-Hubert Fugger

**Bearbeitung:**

Geschäftsbereich Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Geschäftsbereich Presse und Kommunikation

**Herstellung:**

STEINBACHER DRUCK GmbH

**Bildnachweis:**

Titelbild: Jens Schicke. CDU Deutschlands/Laurence Chaperon (3, 4, 5), CDU Saar (4), M. Schoenberger (4), Bauwens GmbH & Co. KG (10), Kilian Bishop (12), Bundesregierung/Jesco Denzel (5), Bundestag/Tobias Koch (5), Bundestag/Achim Melde (15), Bundestag/Rauß Fotografie (6), Deutsche Bank/Mario Andreyra (10), Deutsche Wohnen AG/AP Fotografie (13), Europäische Kommission (9), Fraport AG (10), Stephan Hasse (16), Bernd Hartung (10), Nell Killius (10), Frank Kleinbach (10), Tobias Koch (10), Maximilian Koenig (6), David Knipping (14), Christian Kruppa (3-18), E.ON SE/Martin Leclair (12), Felix Matthies (15), Ines Meier (10), Wolfgang Ohlig (10), Hans-Christian Plambeck (3-18), privat (8, 10, 2, 13, 15, 16), PWC GmbH (13), Thorsten Pross (10), SAP SE (13), Jens Schicke (3-18), Luca Siemann (13), Frank Soens (10), Christian Frhr. von Stetten MdB (7), Vodafone GmbH (15)

**Stand:**

Dezember 2019



Wirtschaftsrat der CDU e.V.  
Bundesgeschäftsstelle  
Luisenstraße 44 | 10117 Berlin  
TELEFON 030 . 2 40 87 – 0  
TELEFAX 030 . 2 40 87 – 4 05  
INTERNET [www.wirtschaftsrat.de](http://www.wirtschaftsrat.de)  
EMAIL [info@wirtschaftsrat.de](mailto:info@wirtschaftsrat.de)